

Erfolg für Mahnwache in Nienhagen

Landkreis Rostock hat umstrittenes Autokennzeichen nicht wieder vergeben



Teilnehmer der Mahnwache in Nienhagen. Fast jeden Montag kamen sie zusammen. Coronabedingt zuletzt nicht mehr.
FOTO: privat

Nienhagen. Fast ein Jahr lang wurde im Ostseebad Nienhagen jeden Montag eine Mahnwache in der Strandstraße abgehalten. [Die Männer und Frauen protestierten gegen Nazi-Symbolik.](#) Anlass war ein Autokennzeichen eines Nienhäger und ein Schriftzug auf dem Auto, der einen Bezug zum Nationalsozialismus herstellen lässt. Nachdem das Fahrzeug abgemeldet wurde, vergibt der Landkreis Rostock das Kennzeichen nicht mehr.

Hintergrund: Das Auto trug das Kennzeichen „AH 204“, was in der rechtsextremistischen Szene für Adolf Hitler und sein Geburtsdatum steht. Beim Landkreis Rostock wurde Anzeige erstattet. Dieser sah bisher keinen Grund, das Kennzeichen zu entfernen. Wie Landkreissprecher Michael Fengler informiert, habe der Halter das Fahrzeug jetzt abgemeldet. „Für ein neues Fahrzeug wurde das betreffende Kennzeichen nicht wieder zugeteilt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein solches Kennzeichen sittenwidrige symbolische Botschaften vermittelt.“

Die Teilnehmer der Mahnwache haben das sowie die Befreiung Deutschlands vom Faschismus vor 75 Jahren zum Anlass genommen, einen Leserbrief an die OSTSEE-ZEITUNG zu schicken. „Nunmehr haben die Behörden gehandelt, die Nutzung des Kennzeichens im Straßenverkehr ist nicht mehr zulässig. Eine Ermutigung für alle, die sich gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft wehren! Dank an alle, die uns unterstützt haben“, schreiben sie.

Sogar die Bundespolitik habe Kenntnis von den Vorgängen in Nienhagen erhalten. „Im Namen von Bundesminister Horst Seehofer wurde uns aus dem Innenministerium versichert, dass das BMI alles unternehmen wird, dass Fahrzeuge mit dem von Ihnen geschilderten äußeren Gepräge möglichst nicht auf deutschen und anderen Straßen fahren werden.“

Quelle: Ostsee-Zeitung, Ausgabe Bad Doberan, 04.06.2020, S.11
Autor. Anja Levien

Stellungnahme der Gruppe Mahnwache:

Gegen das Vergessen

Vor wenigen Tagen jährte sich zum 75. Mal die Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Das „Tausendjährige Reich“ fand nach 12 Jahren Gewaltherrschaft ein blutiges Ende. Angesichts von vielen Dutzend Millionen Weltkriegstoten war eines klar: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Das wiedervereinigte Deutschland basiert auf einer freiheitlich-demokratischen Verfassung, für Nazi-Ideologie und für die Verherrlichung faschistischer Gedankenguts ist darin kein Platz.

Und trotzdem gibt es in unserem Land Unbelehrbare, die entweder aus Dummheit oder aus ideologischer Überzeugung immer noch oder schon wieder den Rattenfängern des 3. Reiches folgen. Die Vorgehensweise ist dabei häufig gleich:

Haarscharf unter der Schwelle des Zeigeverbots eindeutig nationalsozialistischer Symbole werden „ähnliche“ Bilder, Buchstaben- und Zahlenkombinationen (z.B. AH 204) im Autokennzeichen und martialische Sprüche in „Fraktur“ am Fahrzeug so miteinander kombiniert, dass die Botschaft klar erkennbar wird: Hier fährt einer seine nationalsozialistische Gesinnung spazieren und alle, die es wollen, können ihn erkennen. Die einen freuen sich (klammheimlich), andere drehen sich gleichgültig weg und einige, noch wenige, wehren sich.

Das passierte auch bei uns im Ostseebad Nienhagen. Vor über einem Jahr beschloss eine mutige Nienhägerin, das nicht mehr hinzunehmen. Sie beantragte bei der Behörde die Genehmigung zu einer Mahnwache und protestierte fast ein ganzes Jahr, Montag für Montag, im Sommer wie im Winter gegen das Vorführen dieser Symbole in unserem Ort. Es fanden sich drei Händevoll Mitstreiter, auch einzelne Vertreter aus dem Gemeinderat.

Es gab viel Zustimmung, vor allem von Urlaubern und einzelnen Bürgern, aber leider auch Ablehnung, Beschimpfung und sogar Hass.

Die Öffentlichkeit nahm Notiz, die Ostsee-Zeitung berichtete von der Mahnwache, wir hatten Polizeischutz, manchmal war sogar der Staatsschutz vor Ort. Manche Behörde bekundete mit Worten Solidarität, verstrickte sich aber in Formalitäten, wenn es um die praktische Durchsetzung des Anliegens der Mahnwache, um die Einziehung des Autokennzeichens, gehen sollte.

Schließlich nahm sogar die Bundespolitik Kenntnis von den Vorgängen in Nienhagen. Im Namen von Bundesminister Horst Seehofer wurde uns aus dem Innenministerium versichert, **„dass das BMI alles unternehmen wird, dass Fahrzeuge mit dem von Ihnen geschilderten äußeren Gepräge möglichst nicht auf deutschen und anderen Straßen fahren werden“**.

Die Mahnwachen wurden fortgesetzt – allerdings durch die Coronavirus-Pandemie zwischenzeitlich unterbrochen.

Nunmehr haben die Behörden gehandelt, die Nutzung des Kennzeichens im Straßenverkehr ist nicht mehr zulässig.

Eine Ermutigung für alle, die sich gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft wehren!

Dank an alle, die uns unterstützt haben.

Die Gruppe bedankt sich bei der Bürgerinitiative BIG für die Möglichkeit, diese Stellungnahme auf der Webseite der BIG zu publizieren.

i. A.

Gruppe Mahnwache Ostseebad Nienhagen

Harald Liepert